



INFORMATIONSBRIEF [02/2021]



Inhalt

Editorial	1
Geistliches Wort	2
Die „Sea Watch 4“ und die Evangelische Kirche	4
Die Jungen Liberalen und ihre Haltung bezüglich des Tanzverbots	5
500 Jahre Luther auf dem Reichstag zu Worms	6
50 Jahre Freiburger Thesen	10
Veranstaltungshinweis	17
Stellungnahme der Christlichen Liberalen	18
Ein Artikel über den Transhumanismus	19

Editorial

Reutlingen, Pfingsten 2021

Liebe Mitglieder der Christlichen Liberalen, sehr geehrte Damen und Herren,

der uns allen endlos erscheinende Lockdown, der im November 2020 als „Lockdown light“ seinen Anfang nahm, nähert sich zum diesjährigen Pfingstfest langsam, aber allmählich seinem von über 83 Millionen Bürgerinnen und Bürgern lange herbeigesehnten Ende.

In den allermeisten Bundesländern stehen, sofern nicht bereits erfolgt, die Öffnung der Außengastronomie, der Museen und Galerien, der Sportanlagen sowie teilweise noch weitere Öffnungsschritte in Aussicht. Infolgedessen scheint nun zu Pfingsten, sofern getestet, genesen oder geimpft, möglich zu werden, was zu Ostern noch nicht möglich war: Ein Restaurantbesuch mit der Familie, ein Gang ins Café, ein Kurzurlaub in einem fremden Bundesland und vieles mehr.

Doch auch (und vielleicht sogar gerade) jetzt, da wir gemeinsam den Weg zurück zu relativer Normalität beschreiten können, sollten wir einen Moment innehalten und uns auf den Ursprung des Pfingstfestes besinnen: Die Aussendung des Heiligen Geistes zu den Jüngern Jesu und seine bleibende Gegenwart in der Kirche. Denn gerade in schwierigen und herausfordernden Zeiten wie diesen gibt uns unser Glaube Kraft zur Bewältigung der Krise und Hoffnung auf baldige Besserung.

In diesem Sinne wünscht der Vorstand der Christlichen Liberalen Ihnen und Ihren Familien frohe Pfingsten und weiterhin alles erdenkliche Gute!

Pascal Kober, MdB

1. Vorsitzender

Geistliches Wort

**Von OKR i.R. Johannes Stockmeier,
ehem. Präsident der Diakonie Deutschland**

Mit dem Pfingstfest feiert die Christenheit die Ausgießung des Heiligen Geistes und lässt sich daran erinnern, dass durch dieses Ereignis die Kraft Gottes in unserer Welt wirksam ist.

Auf vielfache Weise wird in den Briefen des Neuen Testaments auf die Wirkungen dieses Ereignisses hingewiesen und besonders der Apostel Paulus versieht dieses Wirken mit vielen Zuschreibungen. Er erinnert daran, dass dieser Geist zur Freiheit beruft (2.Brief an die Korinther, 3,17 : Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit). Dieser Geist wirkt in alle Erfahrungen von Grenzen und Begrenzungen hinein (Brief an die Römer, 8,26 : Der Geist hilft unserer Schwachheit auf). Der Geist wird beschrieben als Geist, der Hoffnung weckt und zum Frieden und zur Liebe befähigt.

Entscheidend ist dabei, dass dieses Wirken in öffentliche Wahrnehmung dringt und damit nicht nur „geistliche“ sondern genauso „weltliche“ Folgen hat.

Genau deshalb haben die Reformatoren mit klarem theologischen Gespür den Zusammenhang von individuellem Geistempfang und weltweiter Wirkung der Ausgießung des Geistes zusammen gesehen.

Exemplarisch ist das nachzulesen in der Erklärung Martin Luthers zum 3. Glaubensartikel:

„Ich glaube, ...der Heilige Geist hat mich durch das Evangelium berufen, mit seinen Gaben erleuchtet,... gleichwie er die ganze Christenheit auf Erden beruft, sammelt erleuchtet...“.

Michael Welker lässt das in seinem Buch „Gottes Geist“ - Theologie des Heiligen Geistes - in die Feststellung einmünden : „ Konkrete Individualität und weltübergreifende Universalität werden im Kraftfeld des Geistes zusammengehalten. Dies gilt nicht nur für den Glauben und die Hoffnung, sondern auch für die anderen Gaben und Kräfte des Geistes.“(S.231)

Was brauchen wir in diesen Zeiten mehr als das Vertrauen darauf, daß durch Gaben und Kräfte des Geistes zusammengehalten wird, was sonst in unserem Land und weit darüber hinaus durch immer schärfer werdendes Auseinanderdriften individueller Ansprüche und den Rahmenbedingungen eines demokratischen Gemeinwesens gefährlich ist.

Es kommt schon darauf an, daß Frauen und Männer da sind, die alles Gewicht der Individualität und alles Gewicht übergreifender Notwendigkeiten nicht ständig gegeneinander ausspielen sondern zum Wohl des Ganzen politische Positionen erarbeiten und mit diesen Positionen den politischen Wettbewerb nicht scheuen.

Genau damit sind christliche Liberale dann kein exklusiver Zirkel sondern Christenmenschen, die dem Pfingstfest mutig und mit Klarheit auf der Spur bleiben.

Die „Sea Watch 4“ und die Evangelische Kirche

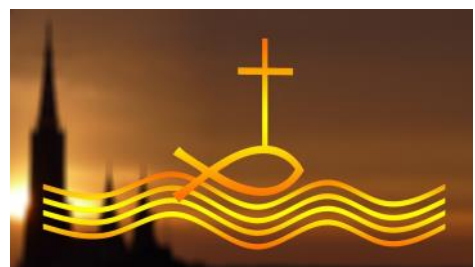
Von Pascal Kober

Im April 2021 hisste das Seenotrettungsschiff „Sea Watch 4“, welches sich für die Rettung von Geflüchteten im Mittelmeer einsetzt, die Flagge der „Antifaschistischen Aktion“ (kurz „Antifa“). Das Problem hierbei: Die „Sea Watch 4“ wird mit Spendengeldern der evangelischen Kirche finanziert.

Ende April meldete sich deswegen Heinrich Bedford-Strohm, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands, zu Wort: Er „würde es ausdrücklich begrüßen, wenn die Flagge alsbald eingeholt“ würde, „da die Diskussion das eigentliche Anliegen der Seenotretter zunehmend unsichtbar“ machen würde. Weiterhin kritisierte er die Antifa mit folgenden Worten: „Wo Menschen unter dem Label des Antifaschismus Gewalt“ anwendeten oder dazu aufriefen, mache ihn das „zornig“, da das „nichts mehr mit wirklichem Antifaschismus zu tun“ habe.

Tatsächlich sammeln sich unter dem Antifa-Symbol, das per se nicht strafbar ist, mittlerweile viele Strömungen, die das undemokratische Ziel einer gesellschaftlichen Umgestaltung nicht durch politische Reformen, sondern durch einen Umsturz der bisherigen Staats- und Gesellschaftsordnung verfolgen. So ergab eine Auswertung der Zeitung „Die Welt“ aus dem Sommer 2020, dass mindestens 47 Antifa-Gruppen vom Verfassungsschutz beobachtet und als extremistisch eingestuft werden.

Jedoch greift Bedford-Strohm mit seiner Begründung, die Diskussion um die Flagge mache das eigentliche Anliegen der Seenotrettenden zunehmen unsichtbar, zu kurz. Hier wäre eine klarere Distanzierung und Abgrenzung der Evangelischen Kirche wünschenswert gewesen. Ebenso wie sich die Evangelische Kirche von Rechtsextremismus distanziert, ist es ihr dringend anzuraten, klare Kante gegen Linksextremismus zu zeigen. Die Glaubwürdigkeit der Kirche leidet, wenn sie hier mit zweierlei Maß misst.



Quelle: www.pixabay.com

FDP-Bundesparteitag 2021 – Die Jungen Liberalen und ihre Haltung bezüglich des Tanzverbots

Von Pascal Kober

Vom 14. bis 16. Mai 2021 fand der 72. Ordentliche Bundesparteitag der Freien Demokraten statt – dieses Mal in digitaler Form. Auf der Agenda stand die Verabschiedung des Wahlprogramms für die anstehende Bundestagswahl im September. Über zahlreiche Änderungsanträge wurde diskutiert und abgestimmt. Die Jungen Liberalen wiederholten in einem der Änderungsanträge ihre Forderung nach einer Abschaffung des Tanzverbots an stillen Feiertagen. Die Delegierten stimmten

diesem zu. Im entsprechenden Teil des Wahlprogramms zu Kirchen und Religionsgemeinschaften heißt es nun: „Tanzverbote und ähnliche Einschränkungen an stillen Feiertagen wollen wir abschaffen.“



Quelle: www.pixabay.com

500 Jahre Luther auf dem Reichstag zu Worms

Von Dr. Gunter Zimmermann

Am 18. April 1521 hat der Reformator Martin Luther vor Kaiser und Ständen des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ die berühmten Worte gesprochen, dass er seine Schriften und Lehren nicht widerrufen könne, solange er nicht durch das Zeugnis der Heiligen Schrift oder aus ihm abgeleitete vernünftige Gründe widerlegt werde. Bei diesem zu Recht gefeierten mutigen Bekenntnis wird allerdings oft übersehen, dass der Reichstag selbst mit dem auf den 8. Mai datierten und am 26. Mai publizierten „Wormser Edikt“ endete. In ihm wurde festgelegt, dass der bereits von der Kurie in Rom verurteilte Ketzler von jedem Befugten gefangengenommen und an den Kaiser überstellt werden sollte. Allein die Tatsache, dass die Stände, allen voran Luthers Landesherr, Kurfürst Friedrich der Weise, sich weigerten, diesem Edikt nachzukommen, hat den Reformator nicht zu einem (heute vergessenen) Märtyrer werden lassen. Und erst die Errichtung evangelischer Landeskirchen im Kurfürstentum Sachsen und in der Landgrafschaft Hessen nach dem wegweisenden Reichstag von Speyer 1526 hat aus dem Auftritt Luthers in Worms das weltgeschichtliche Ereignis gemacht, das heute gefeiert wird.

Bedeutsam ist der Reichstag von Worms 1521 mit all seinen Begleit- und Folgeerscheinungen deshalb, weil in dieser Zeit – ohne dass dies den Beteiligten bewusst war – ein neues, in der gesamten Welt einzigartiges Gesellschaftsmodell geschaffen wurde. Es ist der Entwurf einer sozialen Ordnung, den mindestens wir christlichen Liberalen noch heute als Grundlage unseres politischen Handelns akzeptieren. Dieses Modell zeichnet sich dadurch aus, dass der Konflikt als die Basis des gesellschaftlichen Lebens betrachtet wird. In diesem Sinne hat Ralf Dahrendorf den Konflikt als eine hervorragende schöpferische Kraft beschrieben, die für jeden

historischen Wandel und jede geschichtliche Entwicklung unerlässlich sei.

Die mittelalterliche Gesellschaft lebte wie alle traditionellen Sozialverbände in der unbestrittenen Vorstellung, dass das notwendige Fundament des sozialen und politischen Lebens der Konsens sei. Dies ist kein spezifisch christlicher Gedanke; bei den Römern z.B. war die „Concordia“, die „Eintracht“, vor allem in der Kaiserzeit eine der am meisten verehrten Gottheiten. Das Leitbild der Einheit und Einigkeit, philosophisch gesprochen: der Monismus, war und ist das Ideal vieler Kulturen, vom alten Ägypten bis hin zu vielen nicht-westlichen Staaten heute. In der mittelalterlichen Politik führte diese Idee dazu, dass politische Entscheidungen der Theorie nach nur einstimmig getroffen werden sollten. Auf den Reichstagen bedeutete das wie in allen europäischen Ständeversammlungen in der Praxis, dass Stände, die mit einer Entscheidung nicht einverstanden waren, vorzeitig die Beratungen verließen, um die Einheit und Einigkeit nicht zu stören. Aus unzähligen Beispielen nur noch eine anschauliche Exemplifikation: In der Reichsstadt Nürnberg war es den Ratsherren strengstens verboten, über Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Rats etwas „nach außen“ dringen zu lassen.



Quelle: www.pixabay.com

Dies alles bedeutet nicht, dass es in der mittelalterlichen Gesellschaft wie in allen traditionellen Kulturen keine Konflikte gab. Sie wurden aber nicht geschätzt, schon gar nicht wurden sie als Grundlage des sozialen und politischen Lebens betrachtet. Vielmehr wurden sie als Störungen angesehen, die es nach Möglichkeit zu vermeiden galt.

Mit der Reformation änderte sich dies alles – für lange Zeit unwiderruflich. Zu ihrem maßlosen Entsetzen mussten Politiker, Theologen und einfache Leute erkennen, dass über Grundaussagen

des christlichen Glaubens keine Einigung mehr zu erzielen war. Der Augsburger Religionsfriede 1555 war im Grunde die unvermeidliche Konsequenz dessen, was sich auf dem Reichstag in Worms 1521 angebahnt hatte, nochmals sei betont, ohne dass dies irgendjemand bewusst war.

Selbst im Augsburger Religionsfrieden, der mit der reichsrechtlichen Anerkennung der evangelischen Kirchen und dem Schutz des Landfriedens für die beiden großen Bekenntnisse das Zeitalter der Reformation abschloss, war noch vorgesehen, dass dieser Friede nur bis zur definitiven Klärung aller Streitfragen zwischen den Religionsparteien und zur endgültigen Wiederherstellung der kirchlichen Einheit gelten sollte. Die folgenden Jahrzehnte sind denn auch von zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen geprägt, die schließlich in den selbst-zerstörerischen Dreißigjährigen Krieg mündeten. Erst im Westfälischen Frieden 1648 hat man dann akzeptiert, dass in Augsburg 1555 die einzig mögliche Beilegung eines nicht zu lösenden Konflikts erreicht war. Die Verhandlungen waren von dem Bemühen getragen, in den Grundzügen zum Augsburger Religionsfrieden zurückzukehren. Neben dem Friedensschluss von Münster und Osnabrück gehörte der Augsburger Religionsfrieden fortan zu den anerkannten Kernstücken der Reichsverfassung.

Noch länger hat es gedauert, bis man in der Aufklärung den Konflikt zum produktiven Prinzip einer sozialen und politischen Ordnung erhob. In seinem Aufsatz „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ prägte der Philosoph Immanuel Kant 1784 den schönen Satz: „Der Mensch will Eintracht, aber die Natur weiß besser, was für seine Gattung gut ist: sie will Zwietracht.“ Unter diesem Aspekt ist es sinnvoll, dass in den modernen westlichen Gesellschaften Vielfalt und Verschiedenartigkeit, philosophisch gesprochen: Pluralismus, als tragende Elemente einer dynamischen Kultur geschätzt werden. Luther wäre allerdings sicher über diese Konsequenzen seines verweigerten Widerrufs erstaunt gewesen, aber die „historische Logik“ unseres Verhaltens ist auch uns nur ganz selten bewusst.

Kant hat leider auch darin Recht gehabt, dass der Mensch im Gegensatz zur Natur oft nicht weiß, was gut für ihn ist. Jedem Leser wird schon klar geworden sein, dass die modernen Totalitarismen, rechts oder links, nichts anderes als Versuche darstellen, mit gewalttätigen und terroristischen Mitteln den Konsens und die Einheit zu erzwingen, die herrschende Gruppen als die unverzichtbaren Grundlagen einer Gesellschaft begreifen. Deshalb betrachte ich auch mit großer Sorge eine Entwicklung in der Bundesrepublik, neben der ich leider noch viele andere nennen könnte:

Jeder, der von dem pluralistischen Modell überzeugt ist, wird der Aussage zustimmen, dass zu jeder politischen Streitfrage zwangsläufig, metaphorisch gesprochen, „rechte“ und „linke“ Positionen gebildet werden. Wenn aber wie gegenwärtig in der Bundesrepublik „rechts“ mit „verwerflich“, „teuflisch“, „dämonisch“, „menschenverachtend“ usw. gleichgesetzt wird, ist nicht nur das Ende eines sinnvollen politischen Diskurses eingeläutet, sondern auch des Pluralismus, der Vielfalt und der Verschiedenartigkeit. Dies können wir als christliche Liberale nicht wünschen. Darum sollte uns Martin Luther in seinem Mut ein Vorbild sein, energisch für die Freiheit aller(!) Meinungen in einem demokratischen Verfassungsstaat einzustehen: „I disapprove of what you say, but I will defend to the death your right to say it“ (Evelyn Beatrice Halls Zusammenfassung der Überzeugung Voltaires).

50 Jahre Freiburger Thesen. Eine Chance für den Liberalismus heute?

Von Jörg Diehl

„So endet die Demokratie“ lautet der Buchtitel des in Cambridge lehrenden britischen Politikwissenschaftlers David Runciman. Ein ausgesprochen lesenswertes Buch, in dem der Autor den westlichen Demokratien eine Art Erschlaffung und Richtungslosigkeit attestiert und sie in einer Krise, einer „Midlife-Crisis“ vergleichbar, sieht.¹

Die liberale Demokratie scheint in der Krise zu sein – nicht nur hierzulande, sondern auch andernorts. Lassen wir jetzt jedoch die Kirche im Dorf und bleiben vor Ort. Die zur Zeit guten zweistelligen Umfrageergebnisse für den organisierten Liberalismus hierzulande (zur Erinnerung: Vor gut einem Jahr haben Meinungsforscher und Medien bereits wieder das Totenglöckchen geläutet) können nicht darüber hinweg täuschen, dass wir bei uns mit autoritären Versuchungen konfrontiert und herausgefordert sind: Rechtsextremisten sitzen im Bundestag; Abgeordnete werden bedrängt, beleidigt und Politiker erhalten Morddrohungen; linke Politiker können sich gut vorstellen, Reiche in den Gulag zu schicken; im grünen Umfeld wird bezweifelt, dass der demokratische Diskurs – ein Markenzeichen jeder Demokratie und Kernbestand jeder liberalen DNA - geeignet sei, die Erderwärmung aufzuhalten – wohin die Reise mit der frisch gewählten grünen Kanzlerkandidatin gehen könnte bzw. im schlimmsten Fall gehen wird, ist im Grunde schon beantwortet: alles wird unter dem Vorbehalt der klimatisch-ökologischen Nachhaltigkeit (und Generationengerechtigkeit) zu bewerten und zu entscheiden sein. Schuldenbremse, Nato-Zwei-Prozent-Ziel („willkürlich“), Verbrennungsmotor (trotz technologisch machbarer synthetischer Treibstoffe oder mit Wasserstoffantrieb) und anderes mehr: Narrative einer „Welt von gestern“ der Generation der Väter, Großväter und –Mütter, die in Rente und Pension sind oder bald gehen.

¹ *David Runciman*, So endet die Demokratie, Campusverlag, Frankfurt am Main, 2020

Stattdessen eine „einladende Zuwanderungspolitik“, bei der

Qualifikation ausdrücklich kein Zuwanderungskriterium sein soll, um – wie es im Parteiprogramm heißt – „auch im gering- und unqualifizierten Bereich neue Zugangswege nach Deutschland zu schaffen“; Vermögenssteuer und Kreditfinanzierung, um den „sozial-ökologischen Umbau Deutschlands“ zu gestalten. Und auch hier anderes mehr.

Quo Vadis, Liberalismus in Zeiten autoritärer Versuchungen unterschiedlicher Couleur und in einem mentalen deutschen Milieu, das zum einen historisch betrachtet eher autoritätsgläubig als aufbruchbereit ist und das sich zum anderen zunehmend von einer gesinnungsethisch-postmateriellen Ökobourgeoisie sagen und vorschreiben lässt, wie das „gute Leben“ auszusehen hat und wie es zu gestalten ist.

„German Mut“ war der Slogan der FDP nach den „Schattenjahren“, der zu übersetzen wäre mit: mehr Optimismus, Pragmatismus und Vertrauen in eine Zukunft, die nicht von apokalyptischen Schreckensbildern gezeichnet ist, sondern von dem Willen zu ihrer verantwortungsethischen und generationenübergreifenden Gestaltung getragen ist.

Die Zukunft ist ein offener Raum, in den und in dem wir „vorwärts irren“, wie es der Soziologe und Philosoph Hans Albert, ein Vertreter des kritischen Rationalismus, in einem Interview formulierte. Doch diese offene und ungewisse Zukunft kann nicht auf Pump erkaufte werden; sie braucht sozusagen die Tugenden des „ehrlichen Kaufmanns“: einen „Sparkapitalismus“, der sich einem Wohlstand für alle verpflichtet weiß und dabei Mitte und Maß nicht aus den Augen verliert. Dies setzt eine Gesellschaft voraus, in der der Beitrag der Einzelnen zum allgemeinen Wohl hoch bewertet wird.²

Um Menschen zu motivieren und zu begeistern, nicht-autoritären oder autoritär gefärbten Zukunfts- und Heilsversprechen zu (ver-)trauen, sondern auf Eigenverantwortung zu bauen,

² Ralf Dahrendorf hat in seinem letzten Essay „Nach der Krise: Zurück zur protestantischen Ethik? Sechs Anmerkungen“ im Zusammenhang der Finanzkrise nachdrücklich eine Marktwirtschaft im sozialen Kontext angemahnt, die Nachhaltigkeit und Verantwortung als Leitfaden akzeptiert. Der nach wie vor sehr lesenswerte Essay ist erschienen in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 63 (720), Seite 373-381, Stuttgart 2009

Freiheit in Verantwortung für heute und die zukünftigen Generationen zu gestalten und darin

mutig voranzuschreiten, dazu bedarf es eines ganzheitlichen Freiheitsbildes.

Gerade heute angesichts vielfältiger offenkundiger, aber auch subtiler Versuchungen der (Un-) Freiheit, scheint es umso wichtiger und dringlicher zu sein, sich an dieses ganzheitliche Freiheitsbild zu erinnern und die Idee der Freiheit immer wieder auf das Heute und seine konkrete Gegenwart mit ihren Herausforderungen zu beziehen.

II.

Dieses Jahr jährt sich zum fünfzigsten Mal die Veröffentlichung der „Freiburger Thesen“. Maßgebend an ihrem Zustandekommen und ihrer Formulierung war Karl-Hermann Flach, der erste Generalsekretär der FDP. Er entwarf – mit anderen – ein ganzheitliches liberales Freiheitsbild.

Am 27. Oktober 1971 wurden auf dem Freiburger Parteitag der FDP die „Freiburger Thesen“ – das neue Grundsatzprogramm der FDP – verabschiedet. Sie spiegeln zum einen die sich veränderte gesellschaftliche Situation in Deutschland wider, die mit dem „Aufbruchjahr“ 1968 markiert ist. Zum anderen formulieren sie eine programmatische politische Neuorientierung der FDP: Mit der Bildung der Großen Koalition zwischen Union und SPD 1966 (sie scheiterte 1969) wurde der FDP – lange Jahre verlässlicher Koalitionspartner der Union – die Oppositionsrolle zugewiesen.

In den drei Jahren bis zur Bildung der „sozialliberalen Koalition“ zwischen SPD und FDP 1969 entflammte in der FDP ein innerparteilicher Richtungsstreit über den zukünftigen Kurs der Partei zwischen „Nationalliberalen“ um Erich Mende und „Reformliberalen“, die mit Werner Maihofer, Karl-Hermann Flach, Ralf Dahrendorf und Gerhart Baum neue Akzente setzen wollten in der Deutschland- und Innenpolitik, der Bildungspolitik und Bildung als ein „Bürgerrecht“ verstanden und eine Reform des Justizwesens im Blick hatten, das u.a. die Abschaffung des Straftatbestandes männlicher Sexualität vorsah. Historisch spielten diesen Anliegen

gen die „Notstandsgesetze“ von 1966 und die von der „68er-Bewegung“ ausgelösten gesellschaftlichen Debatten in die Hände. Ein Wandel von einer eher konservativ-nationalliberalen-bürgerlichen Partei zu einer – vorsichtig gesprochen – „links-liberalen“ bzw. zutreffender „sozial-liberalen“ Partei.

III.

Ein „sozialer Liberalismus“ war indes kein Fremdwort für den organisierten Liberalismus: Friedrich Naumann wollte Ende des 19. Jahrhunderts mit der Gründung des „Nationalsozialen Vereins“ aus liberaler Sicht und Verantwortung politisch auf die im Zusammenhang mit der Industrialisierung entstandene „Soziale Frage“ und dem Prekariat im Kaiserreich reagieren und Lösungen finden – allerdings ohne Erfolg.

Auch an diese Tradition schließen die „Freiburger Thesen“ an.

Die FDP wollte nicht mehr nur Mehrheitsbeschafferin sein für eine konservativ-bürgerliche Politik, sondern verstand sich als Reformpartei für eine breitere Wählerschicht, die Politik versteht als Schaffung von Freiheit und Lebenschancen für alle – die „Freiburger Thesen“ formulieren die verschiedenen Politikfelder, auf denen dies realisiert werden soll – und kann. „Freiheit“ (als Markenkern der FDP) sollte nun nicht mehr nur grundgesetzlich in den Grundrechten verbrieft sein, sondern ebenso gesellschaftlich verwirklicht werden.

„Spiritus rector“ der „Freiburger Thesen“ war Karl-Hermann Flach, ab 1971 erster Generalsekretär der FDP, der in seiner Schrift „Noch eine Chance für die Liberalen? Eine Streitschrift“ (1971) seine Vorstellungen einer liberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik formulierte und darin – verkürzt gesagt – den Liberalismus als „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus ansah und eine Reform des Kapitalismus anmahnte. Dabei ging es Flach mitnichten um irgendeine Spielform eines „demokratischen Sozialismus“, sondern um die auf Reformen basierte Transformation einer bürgerlichen Gesellschaft hin zu einer liberalen Gesellschaft. Seine Forderung, die auch den „Cantus Firmus“ der „Freiburger Thesen“ bestimmten, lautete: Mehr Freiheit für mehr Menschen. Konkret:

- Kapitalismuskritik: der Staat hat einzugreifen, wenn Eigentumskonzentration den Wettbewerb verhindert; kein „Feudalkapitalismus“
- Kapitalbeteiligungsgesellschaften für Arbeitnehmer in Unternehmen;
- Aufbau der liberalen Genossenschaftsidee (als Form der Mitbeteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer); >>> hier wird auf liberale Ansätze zurückgegriffen, wie sie z.B. der liberale Sozialpolitiker Friedrich Naumann vertreten hat oder Intellektuelle und Ökonomen wie Wilhelm Röpcke, die in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts nach Weltwirtschaftskrise und massenhafter sozialer / materieller Not /Pauperismus der Massen eine Reform des Kapitalismus und des Liberalismus forderten, zusammengefasst in dem Begriff des „Neo-Liberalismus“; Reform des Erbschafts – und Bodenrechts.

IV.

Die „Freiburger Thesen“ stellen in summa ein Kompromiss-Papier dar, zwischen Reformen („Sozialliberalen“) und Beharrern („Nationalkonservativen“ bzw. dem sogenannten „rechten Flügel“ der FDP um Erich Mende). Als Parteiprogramm des gesellschaftlichen Aufbruchs und Wandels und einer von 1969 bis 1982 sich haltenden sozial-liberalen Koalition aus SPD und FDP stehen sie zwischen der „Heppenheimer Gründungs-Proklamation“ der FDP von 1948, der „Berliner Programm“ von 1957 (erstes Grundsatzprogramm: Bekenntnis zur „Sozialen Marktwirtschaft“; Wiedervereinigung und Westbindung; „dritte Kraft“ – zwischen absoluten Mehrheiten von SPD / Union); den „Kieler Thesen“ von 1977 (Kompromiss zwischen Sozialliberalismus und Wirtschaftsliberalismus; Betonung Wirtschaftskurs und damit Annäherung an die Union > 1982 schwarz-gelbe Koalition).

Sie lösten das „Berliner Programm“ ab und entwarfen das programmatische Bild einer modernen Partei, die sich dem gesellschaftlichen Wandel aktiv stellt und in den „Freiburger Thesen“ ein gesellschaftliches Programm vorlegte, das Reformvorstellungen für die Mitbestimmung, die

Vermögensbildung und das Bodenrecht formulierte, Bildung als Bürgerrecht forderte. Die Partei bot sich damit breiteren Wählerschichten an, was ihr mit dem Grundsatzprogramm zumindest bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1977 mit einem Ergebnis von 8,4% auch zum Vorteil gereichte (1969: 5,8%).

V.

Zukunft ist bekanntlich immer auch Vergangenheit. Politik lebt nicht davon, sich immer wieder neu zu erfinden. Die Gefahr lauert dann gleich um die Ecke, in einen „Relativismus“ zu geraten. Sie lebt von einer *Anschlussrationalität* und muss sich immer wieder ihrer programmatischen Vergangenheit stellen – um für die Zukunft und die Menschen anschlussfähig zu bleiben.

Gerade der Liberalismus ist kein starres ideologisches Gebäude, sondern eine politische Idee, die – bei all seinen historischen Brechungen – sich als ein „Kind der Aufklärung“ immer auch und immer wieder neu der *Selbstaufklärung* stellen muss. Die „Freiburger Thesen“ – sowohl im sozialen Gedächtnis des organisierten Liberalismus als auch im kulturellen Gedächtnis der Gesellschaft eher „tot als lebendig“ – stellen ein probates Erinnerungspapier dar, um einer *selbstaufklärenden Anschlussrationalität* die Möglichkeit zu geben, seinen *liberalen Sitz im Leben* zu bestimmen und sich im Sinne des „mehr Freiheit für mehr Menschen“ neu zu justieren.

Der Liberalismus ist seit Aufklärung und insbesondere im 19. Jahrhundert – dem Jahrhundert der entstehenden politischen Bewegungen – „*die eigentliche Partei der Bewegung und des Fortschrittes, der die politisch-soziale Welt auf Dauer umgestaltet hat*“.³



Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Freiburger_Thesen_Farbe.pdf

³Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte.1800 bis 1866. Bürgerwelt und starker Staat, Seite 286, München 1998.

VI.

50 Jahre Freiburger Thesen. Eine Chance für den Liberalismus heute?

Sie erinnern zum einen an eine Zeit, die von dynamischen gesellschaftlichen Veränderungen und Umbrüchen geprägt waren. Die sozialliberale Koalition trat 1969 als Reformregierung an und versuchte eine energische Demokratisierung von Staat und Gesellschaft durchzusetzen.⁴ Zum anderen sind sie ein bleibendes und immer wieder herausforderndes Erbe, das es nicht nur zu bewahren gilt, sondern das Liberalismus und liberaler Demokratie gerade in Zeiten der Krisen und der offensichtlichen Gefährdungen der Freiheit als Orientierung und Leitplanken dienen kann, um „mehr Freiheit und mehr Lebenschancen für mehr Menschen“ zu schaffen und auf Dauer – allen Bedrohungen zum Trotz – zu garantieren. Und dies in einem gesellschaftlichen und sozialen Kontext, der Nachhaltigkeit und Verantwortung zum Leitfaden hat.

Was also bleibt? Christian Lindner formulierte dies 2011 in einem Gastbeitrag für den „Berliner Tagesspiegel“ so:

„Seit jeher will der Liberalismus jedem Menschen die Chance eröffnen, sein Leben in die Hand zu nehmen. Unter fremdem Machtdiktat kann niemand seine Einzigartigkeit entfalten...Die Freiburger Thesen haben zu Recht den Blick dafür geschärft, dass die Verwirklichung von Lebenschancen Voraussetzungen hat: beispielsweise eine tolerante Gesellschaft, materielle Grundsicherung, individuelle Bildung und intakte natürliche Lebensgrundlagen. Ohne diese Ressourcen wird Freiheit zu einer bloß formalen Möglichkeit. Sie bereitzustellen, das war der prinzipielle Anspruch der „liberalen Gesellschaftspolitik“ zu Beginn der siebziger Jahre. Und bis heute gilt: Liberalismus lässt die Menschen in Ruhe, aber nicht im Stich“⁵.

⁴ Vgl. hierzu auch den übersichtlichen Beitrag von *Peter Borowsky* „Sozialliberale Koalition und innere Reformen“, in: ders., Informationen zur politischen Bildung (Heft 258), Zeiten des Wandels. Auch nachzulesen unter: <https://www.bpb.de/izpb/10109/sozialliberale-koalition-und-innere-reformen?p=all>

⁵ *Christian Lindner*, Was bleibt von den Freiburger Thesen? „Tagesspiegel“, 31.10.2011. Nachzulesen: <https://www.christian-lindner.de/gastbeitraege/was-bleibt-von-den-freiburger-thesen>

Veranstaltungshinweis

Die *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* (FNF) und die *Reinhold-Meier-Stiftung* Baden -Württemberg (RMS) führen eine Veranstaltung zu den Freiburger Thesen durch:

„50 Jahre Freiburger Thesen. Eine Chance für den Liberalismus heute?“

Die Veranstaltung findet statt am Dienstag, **06. Juli 2021, 19.00 Uhr**, in Tübingen. Der genaue Tagungsort ist noch offen. Coronabedingt wird die Veranstaltung hybrid gestaltet, allerdings sind die Akteure in Tübingen vor Ort.

Beteiligt sind: Michael Theurer, MdB und Landesvorsitzender der FDP/DVP Baden-Württemberg; Dr. Christopher Gohl, MdB und Vorsitzender der Kommission Freiheit und Ethik der Bundes-FDP; Dietmar Schöning, ehemaliger Landtagsabgeordneter, langjähriger Bundesdelegierter und Delegierter in Freiburg 1971; Alena Trauschel, MdL; Jörg Diehl, ProgrammManager/Forenleiter FNF/RMS, Mitglied in der Kommission Freiheit und Ethik und im BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

Bei Interesse bitte die Internetseite der Friedrich-Naumann-Stiftung aufrufen, den Button „Veranstaltungen“ anklicken, Monat und Datum der Veranstaltung auswählen und sich dort online anmelden: <https://www.freiheit.org/de>.

In eigener Sache: Stellungnahme der Christlichen Liberalen zur Umbenennung christlicher Feste und Feierlichkeiten

Die Christlichen Liberalen setzen sich dafür ein, dass christliche Feste und Feierlichkeiten durch die Verwaltungsorgane des Bundes, der Länder und der Gemeinden nicht umbenannt und nicht uminterpretiert werden.“

Begründung:

Deutschland ist ein Land, das durch seine christliche Tradition geprägt ist. Diese Tradition schließt die Anerkennung und Akzeptanz anderer Religionen nicht aus, wie die lange, wenn gleich nicht ungetrübte Geschichte des Judentums in Deutschland zeigt. Jedoch bedeutet diese praktizierte Toleranz nicht, dass „um des lieben Friedens willen“ bzw. aus falsch verstandener Toleranz christliche Glaubensinhalte und Glaubensäußerungen unterdrückt und verdrängt sowie durch banale Allerweltsbegriffe umbenannt und uminterpretiert werden. Angesichts derartiger Versuche in Vergangenheit und Gegenwart ist eine Anordnung notwendig, die Umbenennung und Uminterpretation christlicher Feste und Feierlichkeiten zu untersagen.

Transhumanismus – Welche Menschen wollen wir?

Von Pascal Kober

Welche Menschen wollen wir? Es ist eine Frage, die in der Menschheits- und politischen Ideengeschichte schon oft gestellt wurde. Sei es durch den Liberalismus, Konservatismus oder Sozialismus, insbesondere aber auch durch den Kommunismus und Nationalsozialismus. Im Nationalsozialismus sollte der „Neue Mensch“ gesund, kräftig, stark, blond und arisch sein und im Kommunismus sollte er einer rational funktionierenden Maschine immer ähnlicher werden. Die Idee des „Neuen Menschen“ hat ihre Wurzeln in der Bibel. Religion und Politik berühren sich dabei in einem Punkt: Der „Neue Mensch“ wird in eine Geschichte des Heils eintreten; aber seine Schaffung bedeutet immer wieder die Überwindung des „Alten Menschen“. Im Neuen Testament heißt es dazu:

„So legt nun von euch ab nach dem vorigen Wandel den alten Menschen, der durch Lüste im Irrtum sich verderbt. Erneuert euch aber im Geist eures Gemüts und ziehet den neuen Menschen an, der nach Gott geschaffen ist in rechtschaffener Gerechtigkeit und Heiligkeit.“ (Eph 4, 22-24)

Der Transhumanismus (von lateinisch trans ‚jenseits, über, hinaus‘ und humanus ‚menschlich‘) stellt sich auch die Frage, welchen Menschen wir zukünftig wollen. Es ist eine philosophische Denkrichtung, die die Grenzen menschlicher Möglichkeiten, sei es physisch, psychisch, intellektuell, durch den Einsatz neuer und künftiger technologischer Verfahren erweitern will. Dazu zählen u. a. Prothetik, Gentechnik, Gehirn-Computer-Schnittstellen oder auch die Entwicklung von Superintelligenz. Sie sollen es jedem Menschen ermöglichen, länger und besser zu leben, das Aussehen sowie die eigene physikalische und seelische Möglichkeiten selbst bestimmen zu können.



Abbildung 1 Der Biohacker Neil Harbisson mit seiner in seinen Schädel implantierten Cyborg-Antenne, um seinen Sinn für Farbe über die menschliche Wahrnehmung hinaus zu erweitern (Hector Adalid - <https://www.redbull.com/nz-en/artist-biohackers>).

Wo aber beginnen transhumanistische Eingriffe und welches Ausmaß können sie zukünftig annehmen? Heute können bereits Herzschrittmacher, Hörgeräte oder auch Beinprothesen als transhumanistische Eingriffe gewertet werden. Bei solchen „Verbesserungen“ handelt es sich um medizinische Eingriffe, um körperliche Defizite zu beheben, sodass ein vergleichsweise normales Leben möglich ist. Was ist aber, wenn die „normale“ menschliche Leistungsfähigkeit überstiegen wird? Mit Blick auf Doping beim Sport oder Drogen am Arbeitsplatz hat unsere Gesellschaft bereits Grenzen gezogen. Zwar mehr aus medizinischer Sicht, aber doch steht die Frage im Raum, was bedeutet es, wenn ein Mensch aufgrund eines Eingriffs grundsätzlich leistungsfähiger ist als der andere? Muss der andere Mensch nachziehen und ebenfalls zu leistungssteigernden Substanzen greifen? Verbieten wir es? Oder belassen wir die Ungleichheit?



Abbildung 2 Ägyptische Zehenprothese, ausgestellt im Ägyptischen Museum in Kairo (Jon Bodsworth - http://www.egyptarchive.co.uk/html/hidden_treasures/hidden_treasures_31.html).

Denken wir an die zukünftigen Möglichkeiten, den menschlichen Körper und Geist zu verbessern und zu erweitern, dann wird ein Problem offenbar. Was bedeuten die fundamentalen Veränderungen der menschlichen Natur und damit der menschlichen Gleichheit für unsere liberale Demokratie? Ist der technische und unsterbliche Mensch noch Mensch und was wird aus der Menschenwürde?

Die Menschenwürde ist in unserer freiheitlichen Demokratie der oberste Wert und Artikel 1 des Grundgesetzes gehört zu den tragenden Konstitutionsprinzipien, die alle Bestimmungen des Grundgesetzes beherrschen. Doch genau hier wird der Transhumanismus problematisch, da er in seinen extremen Formen das Konzept der Menschenwürde überwinden muss, um den Menschen uneingeschränkt weiterentwickeln und unsterblich machen zu können. Gehen wir von der Auffassung aus, dass die Menschenwürde irgendwie mit unserer jetzigen, verletzbaren Lebensform, mit gegenseitiger mitleid- und empathieerzeugender Sozialisierung verbunden ist, dann ist sie mit der Utopie des Supermenschen nur schwer vereinbar. Da aber die Utopie mit jeder

technischen Entwicklung immer greifbarer scheint, müssen wir uns in Politik und Gesellschaft schon jetzt mit diesen Fragen aktiv beschäftigen.

Bitte an die Mitglieder

Bitte teilen Sie Änderungen von Ihren Kontaktdaten (Anschrift / Telefon / Mail) oder Ihrer Bankverbindung jeweils an den Geschäftsführer Dr. Gunter Zimmermann per Mail an gunter.zimmermann@christliche-liberale.de mit.